

Mittwoch, 22. April 2026
von Pauline Turuban

Wie sich die Personenfreizügigkeit auf die Schweizer Wirtschaft auswirkt

Die Personenfreizügigkeit hat die Zuwanderung aus Europa in die Schweiz begünstigt. Die Schweizer Behörden und Sozialpartner betonen, dass sie den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entspreche und durch die demografische Alterung noch notwendiger werde. Doch dieses System hat auch seinen Preis.



In den letzten zehn Jahren belief sich die kumulierte Nettozuwanderung von EU-/EFTA-Bürger:innen in die Schweiz auf rund 400'000 Personen. Täglich überqueren zudem Zehntausende von Grenzgänger:innen die Grenze, um in der Schweiz zu arbeiten. Keystone / Gian Ehrenzeller

Seit 2002 können Staatsangehörige der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) frei in der Schweiz wohnen und arbeiten – und umgekehrt –, sofern sie über eine Einkommensquelle verfügen.

Ein Vierteljahrhundert Personenfreizügigkeit

Das am 21. Juni 1999 zwischen der Schweiz und der EU unterzeichnete [Abkommen über die Personenfreizügigkeit](#) erleichtert den Bürger:innen der EU und der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) die Bedingungen für Aufenthalt und Arbeit in der Schweiz.

Das Abkommen ist seit dem 1. Juni 2002 in Kraft und wurde in den Jahren 2006, 2009 und 2017 auf Staatsangehörige der neuen EU-Staaten ausgedehnt. Das Recht auf Freizügigkeit wird ergänzt durch Bestimmungen über gegenseitige Anerkennung von Diplomen, den Erwerb von Immobilien und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Die Schweiz und die EU haben nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen ein [neues Paket bilateraler Abkommen](#) abgeschlossen. Dieses sieht unter anderem eine Aktualisierung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) vor, einschliesslich einer Schutzklausel, die es der Schweiz ermöglicht, Massnahmen zu ergreifen, wenn die Anwendung des Freizügigkeitsabkommens zu schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen führen sollte.

Von allen bilateralen Abkommen mit der EU sorgt das Freizügigkeitsabkommen (FZA) in der Schweiz für die meisten Diskussionen. Behörden und Wirtschaftskreise argumentieren, dass die Personenfreizügigkeit den Bedürfnissen der Wirtschaft entspreche, wie die [jährlichen Berichte des Staatssekretariats für Wirtschaft \(Seco\)](#)[Externer Link](#) stets schlussfolgern. Auch die Gewerkschaften verteidigen sie und vertreten die Ansicht, dass sie [«den Arbeitsmarkt stabilisiert»](#)[Externer Link](#).

Im Gegensatz dazu hält die Schweizerische Volkspartei (SVP) sie für schädlich und hat mehrfach versucht, sie per Volksabstimmung einzuschränken. Dies wird im Juni erneut der Fall sein: Mit der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» fordert die Partei eine Begrenzung der Einwanderung, um eine «Überbevölkerung» zu bekämpfen, die ihrer Ansicht nach unter anderem für die Überlastung der Infrastruktur, steigende Mieten, Soziallasten und Kriminalität verantwortlich ist.

Um was es bei dieser Initiative genau geht und die Argumente von Befürworter:innen und Gegner:innen lesen Sie in folgendem Artikel vom 8. April 2026:

Am 14. Juni stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab. Diese will die Zuwanderung deckeln.

[Mehr «Keine 10-Millionen-Schweiz»: Soll die Schweiz ihre Bevölkerungszahl begrenzen?](#)

Die Initiant:innen behaupten, dass ein grosser Teil der Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften durch die Einwanderung selbst erzeugt werde. Einige Ökonom:innen vertreten ebenfalls die Ansicht, [dass die Personenfreizügigkeit die Schweiz mehr koste](#)[Externer Link](#), als sie ihr einbringt, obwohl die entsprechenden Daten fehlen, um dies zu belegen.

Lesen Sie, welche Herausforderungen ein starker Bevölkerungswachstum infolge von Zuwanderung mit sich bringt im Artikel vom 15. Januar 2025:

In vielen entwickelten Ländern, so auch in der Schweiz, ist die Zuwanderung zum wichtigsten Motor des Bevölkerungswachstums geworden. Das sind die Herausforderungen.

[Mehr Zuwanderung: Eine Herausforderung zwischen Arbeitskräftemangel und sozialen Ängsten](#)

Eine Annahme der SVP-Initiative in der Volksabstimmung würde das FZA gefährden. Welche Auswirkungen hatte dieses Abkommen in knapp 25 Jahren auf die Schweizer Wirtschaft? Folgend einige Antworten in Zahlen.

1. [Wie hat sich die Einwanderung seit der Personenfreizügigkeit entwickelt?](#)
2. [Welche Branchen greifen am stärksten auf Arbeitskräfte aus Europa zurück?](#)
3. [Welches Qualifikationsniveau haben europäische Eingewanderte?](#)
4. [Hat die Personenfreizügigkeit die Löhne nach unten gedrückt?](#)
5. [Nehmen Arbeitskräfte aus Europa den Schweizer:innen Arbeitsplätze weg?](#)
6. [Welche Auswirkungen hat die Einwanderung auf die Sozialleistungen?](#)
7. [Wie wirkt sich die Personenfreizügigkeit auf das Wachstum aus?](#)

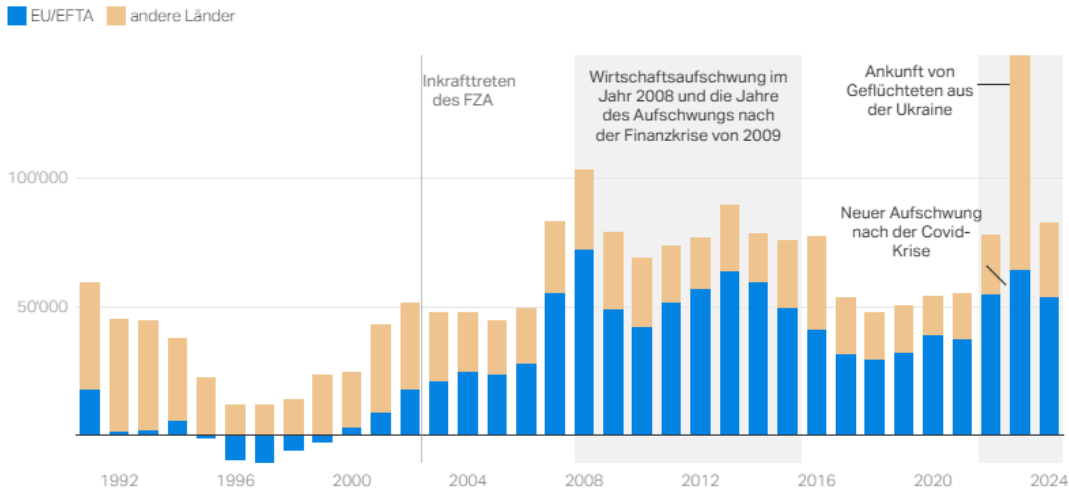
1. Wie hat sich die Einwanderung seit der Personenfreizügigkeit entwickelt?

Das FZA hat die Struktur der Einwanderung in die Schweiz begünstigt und verändert. Sie wird seither von europäischen Arbeitskräften dominiert, die hauptsächlich aus den Nachbarländern stammen. Insgesamt sind laut dem Bundesamt für Statistik ([BFSEx-
terner Link](#)) zwischen 2015 und 2024 mehr als eine Million Personen aus der EU/EFTA (fast zwei Drittel der gesamten Einwanderung) in die Schweiz eingewandert.

Im gleichen Zeitraum [verliessen rund 600'000 Personen das Land](#), was den kumulierten europäischen Wanderungssaldo im letzten Jahrzehnt auf mehr als 400'000 Personen brachte. Die Einwanderung in die Schweiz weist nach Island und Luxemburg einen der höchsten Anteile an EU/EFTA-Staatsangehörigen in Europa auf.

Die Zuwanderung aus der EU/EFTA wird von der Konjunktur beeinflusst

Wanderungssaldo (Differenz zwischen Einwanderung und Auswanderung) nach Staatsangehörigkeit, 1991–2024. Die Einwanderung aus der EU nimmt bei guter Konjunktur zu und kurbelt die Nachfrage nach Arbeitskräften an.



Grafik: ptur • Quelle: [Bundesamt für Statistik](#) • [Daten herunterladen](#)

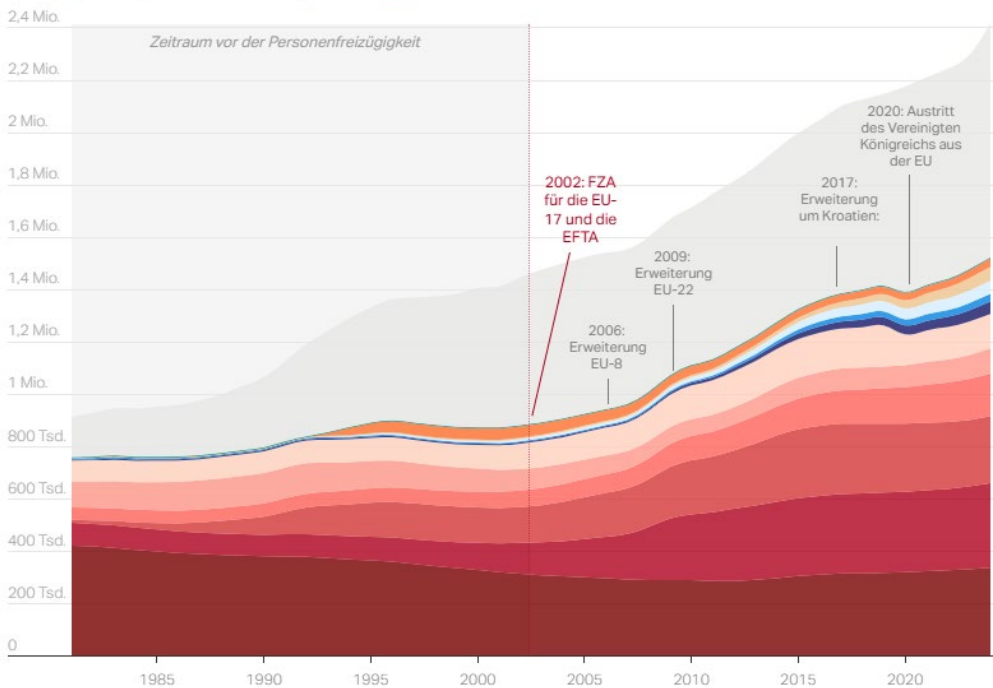
SWI swissinfo.ch

Dank günstiger Aufenthaltsbedingungen lassen sich viele dieser Personen dauerhaft nieder. Ihre Zahl ist kontinuierlich gestiegen, von knapp 900'000 im Jahr 2002 auf über 1,5 Millionen im Jahr 2024 (17% der Bevölkerung).

Staatsangehörige aus der EU/EFTA machen fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz aus

Zahlen der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1981–2024. Die Einwanderung aus Europa hat in der Schweiz seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit stark zugenommen.

Legend: Italien (dark red), Deutschland (red), Portugal (orange-red), Frankreich (orange), Spanien (light orange), andere Länder der EU-17 (yellow), Polen (light blue), Ungarn (blue), andere Länder der EU-8 (light blue), EU-2 (Bulgarien und Rumänien) (orange), Kroatien (red), EFTA (teal), Drittstaaten (grey).



Die EU-17 umfasst folgende Länder: Deutschland, Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Portugal, Schweden und das Vereinigte Königreich (bis 2020). Die EU-8 umfasst folgende Länder: Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien. Zur EFTA-Gruppe gehören folgende Länder: Island, Liechtenstein, Norwegen.

Grafik: ptur • Quelle: [Bundesamt für Statistik](#) • [Daten herunterladen](#)

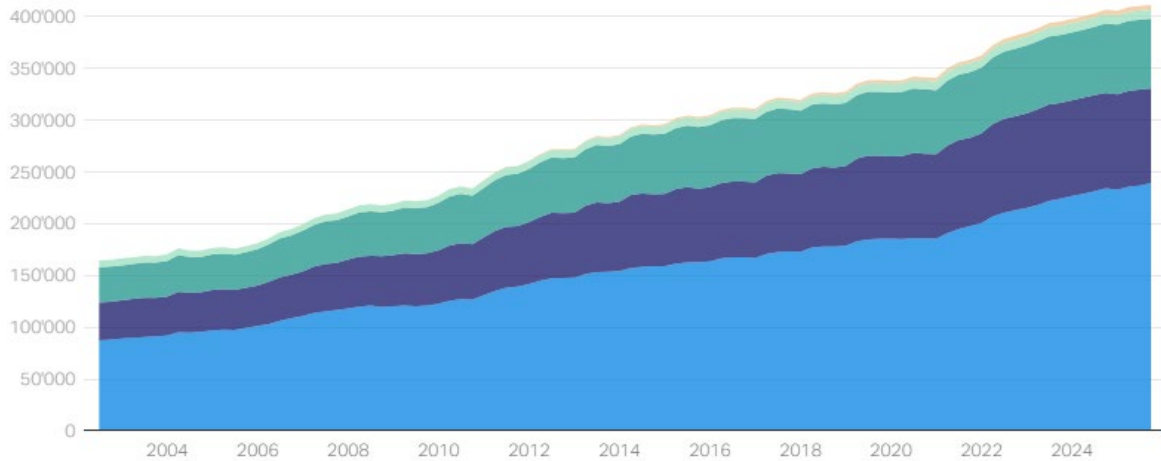
SWI swissinfo.ch

Auch die Zahl der Grenzgänger:innen ist seit 2002 stark gestiegen, von knapp 163'000 auf derzeit über 400'000.

Die Zahl der Grenzgänger:innen ist seit 2002 stark gestiegen

Zahl der in der Schweiz beschäftigten ausländischen Grenzgänger:innen nach Wohnsitzland

Deutschland Frankreich Italien Österreich Andere Wohnsitzländer



Grafik: ptur • Quelle: [Bundesamt für Statistik](#) • [Daten herunterladen](#)

SWI swissinfo.ch

2. Welche Branchen greifen am stärksten auf Arbeitskräfte aus Europa zurück?

Gemäss dem Seco hat die Personenfreizügigkeit ein Beschäftigungswachstum ermöglicht, das «deutlich über» dem demografischen Potenzial des Schweizer Arbeitsmarkts liegt.

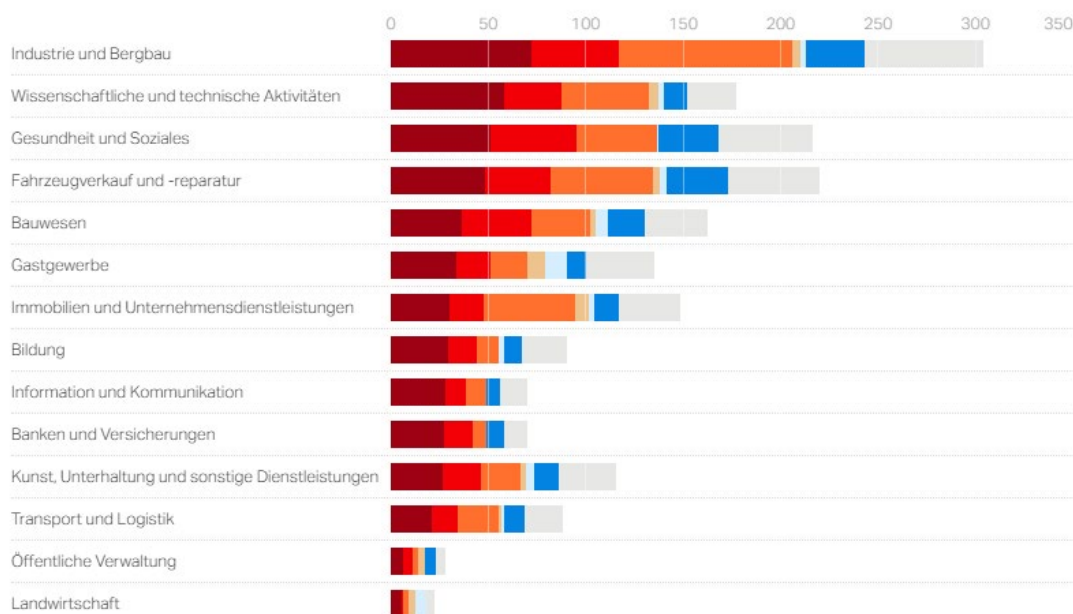
Im Jahr 2024 kamen von zehn EU/EFTA-Bürger:innen, die in die Schweiz einreisten, sieben zum Arbeiten. Eine grosse Mehrheit von ihnen war im Ausland rekrutiert worden und verfügte bei ihrer Ankunft bereits über einen Arbeitsvertrag.

Prozentual sind im Gastgewerbe, im Baugewerbe und in der Industrie historisch gesehen die meisten europäischen Arbeitskräfte beschäftigt. In absoluten Zahlen zählen Industrie, Fahrzeugreparatur und Gesundheitswesen die meisten Personen, die im Rahmen des FZA zur Arbeit gekommen sind.

Die Industrie und das Gesundheitswesen gehören zu den Branchen, die im Rahmen der Freizügigkeit die meisten Menschen beschäftigen

Anzahl (in Tausend) der in der Schweiz erwerbstätigen Ausländer:innen nach Aufenthaltsstatus und Wirtschaftssektor, 2024.

■ EU-/EFTA-Bürger:innen, die seit 2015 im Rahmen des FZA eingewandert sind ■ EU-/EFTA-Bürger:innen, die im Rahmen des FZA vor 2015 eingewandert sind ■ Grenzgänger:innen ■ Kurzeitaufenthalter:innen ■ Sonstige Ausländer:innen* ■ EU-/EFTA-Bürger:innen, die vor dem FZA eingewandert sind ■ Zuwanderer aus Drittstaaten



*Die Kategorie «Sonstige Ausländer:innen» umfasst Staatsangehörige der EU/EFTA, die während höchstens 90 Tagen pro Kalenderjahr bei einem Schweizer Arbeitgeber erwerbstätig sind, Personen im Asylverfahren, das Personal der Botschaften und Konsulate der Schweiz sowie das Personal der Schweizer Marine.

Grafik: ptur • Quelle: [Seco auf der Grundlage von Daten des BFS](#)

SWI swissinfo.ch

In den letzten zehn Jahren ist die europäische Arbeitskraft im Bereich Information und Kommunikation sowie in der Branche der «freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen» deutlich gewachsen. Diese Kategorie umfasst verschiedene [hochqualifizierte Dienstleistungsberufe](#)[Externer Link](#), beispielsweise in Forschung und Entwicklung, Architektur oder Beratung.

Befürworter:innen der Personenfreizügigkeit argumentieren, dass sie angesichts des demografischen Wandels in Zukunft noch notwendiger sein werde, um den Arbeitskräftebedarf zu decken. Prognosen zufolge werden der Renteneintritt der Babyboomer in Verbindung mit einer historisch niedrigen Geburtenrate in mehreren dieser Schlüsselbereiche Zehntausende von Stellen unbesetzt lassen.

Einige Stimmen, wie etwa der [liberale Ökonom Reiner Eichenberger](#)[Externer Link](#) in der *Agefi*, halten diese Sichtweise jedoch für «zu vereinfachend», da «die zugewanderte Person eine Arbeitsstelle besetzt, aber auch anderswo in der Wirtschaft neue Bedürfnisse schafft».

3. Welches Qualifikationsniveau haben europäische Eingewanderte?

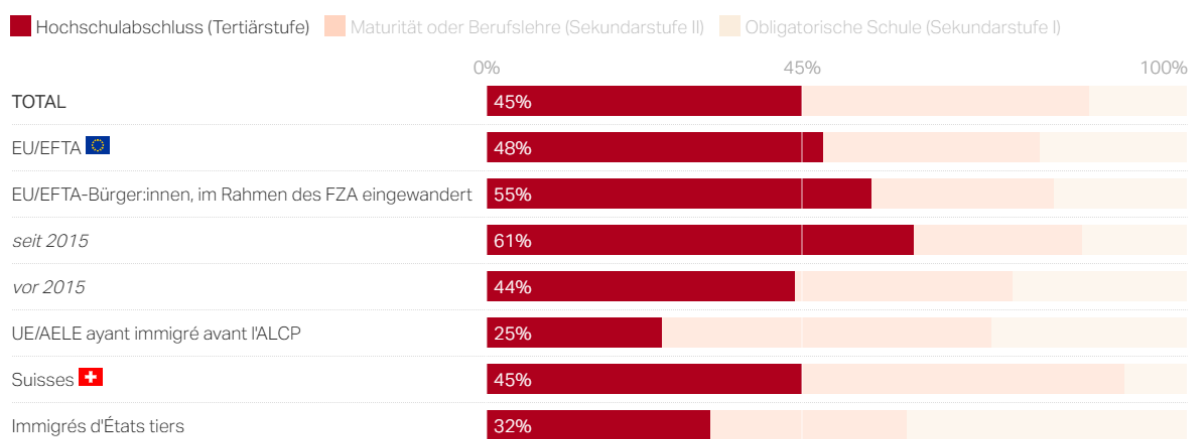
EU/EFTA-Staatsangehörige sind an beiden Enden des Qualifikationsspektrums übervertreten. Sie verfügen häufiger über einen Hochschulabschluss als Schweizer:innen

(55% gegenüber 45%), haben aber auch häufiger keine nachobligatorische Ausbildung (19% gegenüber 9% der Schweizer:innen).

Für das Seco verdeutlicht dies die Tatsache, dass die Schweizer Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte sowohl zur Deckung ihres Bedarfs an hochqualifiziertem Personal im Dienstleistungssektor als auch für gering qualifizierte saisonale Tätigkeiten zurückgegriffen hat.

Unter den EU-/EFTA-Bürger:innen gibt es mehr gering- und hochqualifizierte Personen als unter den Schweizer:innen

Höchster Bildungsabschluss in Prozent der ständigen Wohnbevölkerung, nach Staatsangehörigkeit und Zeitpunkt der Einwanderung, 2024.



Grafik: ptur • Quelle: [Seco auf der Grundlage von Daten des BFS](#)

swissinfo.ch

Das Bildungsniveau der europäischen Einwanderung hat jedoch in den letzten Jahren zugenommen (61% der seit 2015 Eingereisten verfügen über eine Hochschulausbildung, gegenüber 44% davor).

4. Hat die Personenfreizügigkeit die Löhne nach unten gedrückt?

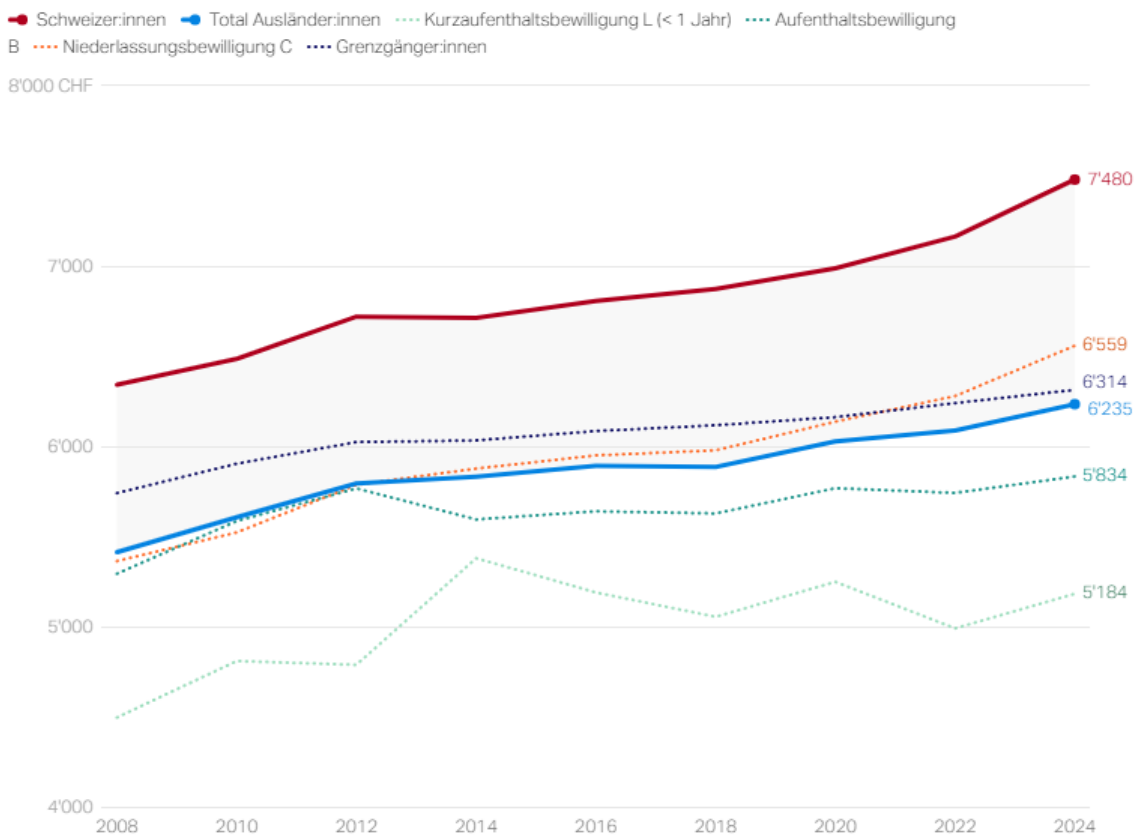
Die Öffnung des Arbeitsmarkts hat zunächst Befürchtungen geweckt, dass die Löhne nach unten gedrückt werden könnten. In den 2000er- und 2010er-Jahren wurden mehrere Studien zu diesem Thema veröffentlicht.

Ein Teil davon hat leicht positive oder leicht negative Auswirkungen auf die Löhne bestimmter Gruppen festgestellt – doch ihre Schlussfolgerungen divergieren. Die meisten Studien stellen jedoch insgesamt keine signifikanten Auswirkungen fest.

Die Zahlen des BFS bestätigen, dass die Personenfreizügigkeit der allgemeinen Lohnentwicklung nicht geschadet hat: Der Medianlohn ist seit 2008 sowohl für Schweizer:innen als auch für Ausländer:innen insgesamt gestiegen (detaillierte Angaben für EU/EFTA-Bürger:innen liegen nicht vor) – wenn auch stärker für Schweizer:innen: +18% seit 2008 gegenüber +15% für Nicht-Schweizer:innen (mit erheblichen Unterschieden je nach Aufenthaltsstatus).

Die Medianlöhne sind sowohl für Schweizer:innen als auch für Ausländer:innen gestiegen

Entwicklung des medianen monatlichen Bruttolohns für Schweizer:innen und Ausländer:innen (Aufschlüsselung nach Aufenthaltsstatus), 2008–2024.



Hinweis: Männer und Frauen in allen Berufspositionen zusammengefasst.

Grafik: ptur • Quelle: [Bundesamt für Statistik](#) • [Daten herunterladen](#)

SWI swissinfo.ch

Die Mehrheit der EU/EFTA-Staatsangehörigen übt gemäss Seco einen Beruf aus, der ihrem Ausbildungsniveau entspricht. Bei gleichwertiger Position erhalten sie laut dem Staatssekretariat im Durchschnitt ähnliche Löhne wie Schweizer:innen.

Das bedeutet nicht, dass es keine Fälle von Lohndumping gibt. Einige Branchen – wie das Bau- oder Gastrogewerbe – und Grenzregionen (Genferseeregion, Tessin) sind stärker davon betroffen. Daher kommt den «flankierenden Massnahmen» eine zentrale Rolle zu – jenen Schutzmassnahmen gegen Unterbietung von Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz, die am 1. Juni 2004 in Kraft getreten sind.

Das Seco veröffentlicht jedes Jahr einen [Bericht über die Umsetzung dieser Massnahmen](#)^{Externer Link}. Daraus geht hervor, dass in den letzten drei Jahren bei 10% der kontrollierten Unternehmen Fälle von Lohnunterbietung festgestellt wurden.

5. Nehmen Arbeitskräfte aus Europa den Schweizer:innen Arbeitsplätze weg?

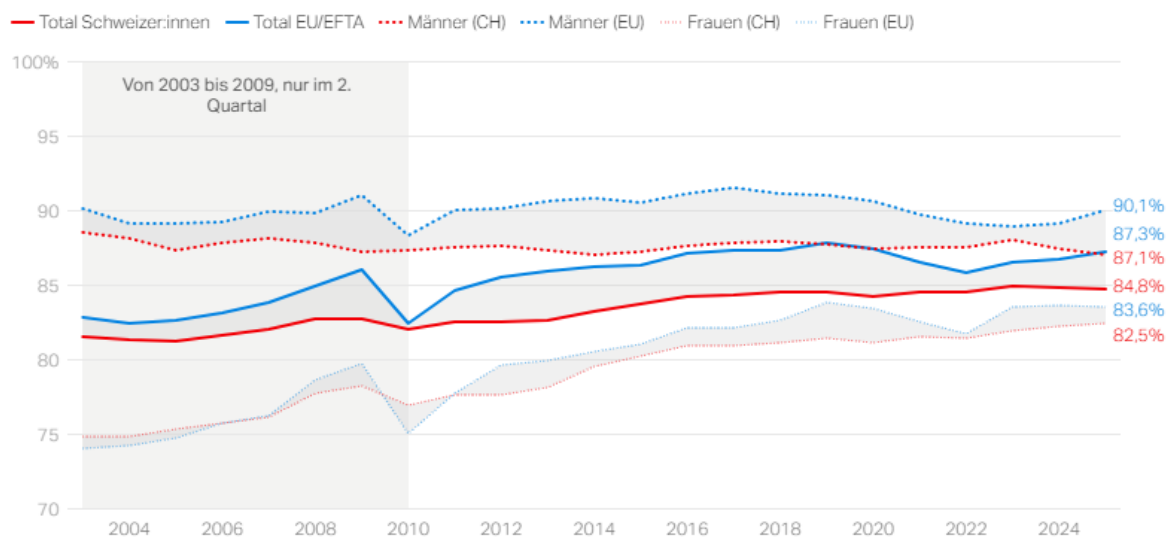
Eine weitere grosse Befürchtung im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit ist, dass der verstärkte Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt die Schweizer Bevölkerung verdrängen könnte.

Da sie vor allem zum Arbeiten kommen, sind EU/EFTA-Eingewanderte stärker am Arbeitsmarkt beteiligt als der Durchschnitt. Im vergangenen Jahr lag ihre Erwerbsquote bei über 87%, gegenüber weniger als 85% bei Schweizer:innen.

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist jedoch für die gesamte Bevölkerung gestiegen – auch bei Frauen, insbesondere bei Müttern, und älteren Arbeitnehmenden –, was das Seco zur Feststellung veranlasst, dass die starke Einwanderung die einheimischen Arbeitskräfte nicht verdrängt hat, im Gegenteil.

Die Erwerbsquote der EU-/EFTA-Staatsangehörigen auf dem Arbeitsmarkt ist höher als jene der Schweizer:innen

Anteil der Erwerbstätigen und Arbeitslosen, berechnet vom Internationalen Arbeitsamt (IAA).



Hinweis: Von 2003 bis 2009 beziehen sich die Daten ausschliesslich auf das 2. Quartal. Der Abfall zwischen 2009 und 2010 ist laut dem BFS auf eine Verbesserung der statistischen Genauigkeit zurückzuführen.

Grafik: ptur • Quelle: [Bundesamt für Statistik \(BFS\)](#) • [Daten herunterladen](#)

SWI swissinfo.ch

Die meisten Studien stimmen darin überein, dass diese Einwanderung das bestehende Arbeitsangebot eher ergänzt als konkurrenziert. Selbst die Gewerkschaften, die der Personenfreizügigkeit früher reservierter gegenüberstanden, [unterstützen Externer Link](#) sie heute. Auch sie sind der Ansicht, dass die [Personenfreizügigkeit in Verbindung mit flankierenden Massnahmen Externer Link](#) eher dazu beiträgt, die Arbeitsplätze in der Schweiz zu schützen.

6. Welche Auswirkungen hat die Einwanderung auf die Sozialleistungen?

In seinem jüngsten Jahresbericht hat das Seco analysiert, wer die Nettozahler und wer die Nettoempfänger der verschiedenen Sozialversicherungen sind.

EU/EFTA-Staatsangehörige haben weniger in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt, als sie an Leistungen bezogen haben (ihr Anteil an den Beiträgen betrug rund 27%, während sie 33% der Leistungen bezogen). Zum Vergleich: Schweizer:innen waren Nettozahler: Sie haben zu 67% zur Arbeitslosenversicherung beigetragen und 51% der Leistungen bezogen.

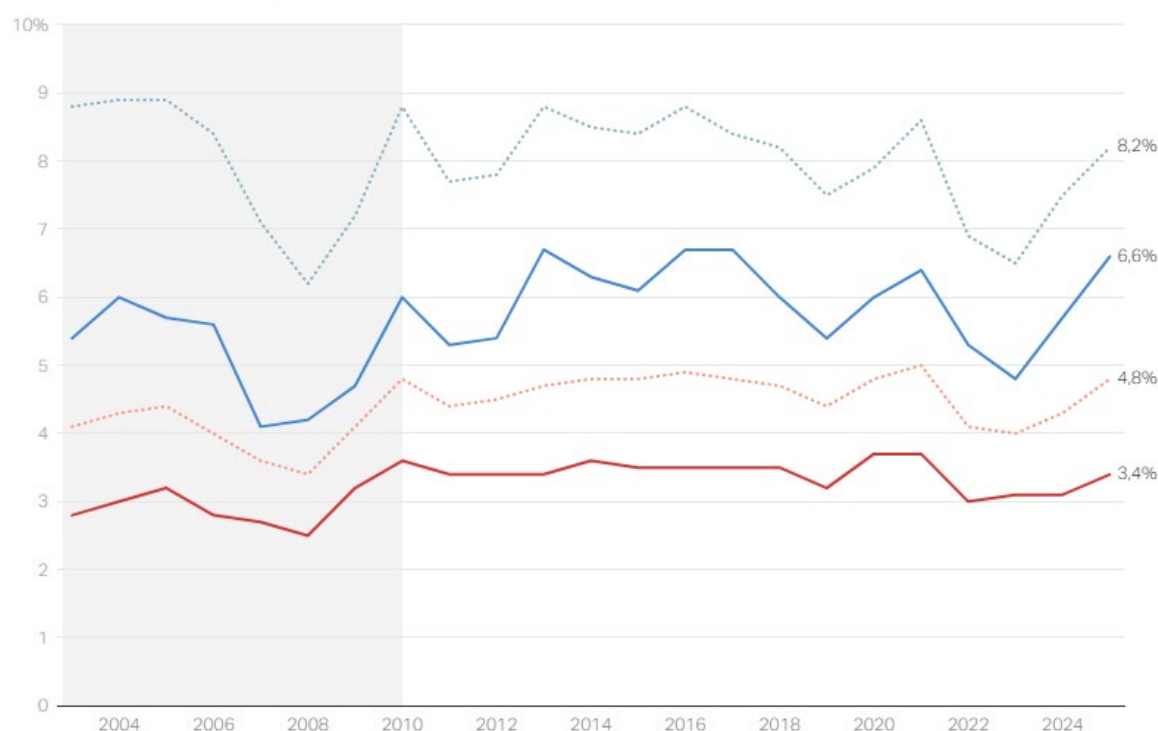
Zugewanderte Arbeitnehmer:innen aus Europa sind stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Dies erklärt sich unter anderem durch ihre Überrepräsentation in prekären und/oder saisonalen Branchen. Seit 2003 hat sich ihre Arbeitslosenquote entsprechend der Konjunktur entwickelt und lag stets über dem Schweizer Durchschnitt (aber unter dem EU-Durchschnitt[Externer Link](#) – ausser im Jahr 2025).

Im gleichen Zeitraum hat die Arbeitslosenquote der Schweizer Staatsangehörigen kaum geschwankt und sich auf einem tiefen Niveau gehalten.

Die Arbeitslosenquote der EU/EFTA-Staatsangehörigen ist höher als jene der Schweizer:innen

Entwicklung der Arbeitslosenquote nach IAA-Definition nach Nationalität

— Schweizer:innen - - - Total Ausländer:innen — EU/EFTA - - - Total



Hinweis: Von 2003 bis 2009 beziehen sich die Daten ausschliesslich auf das 2. Quartal.

Grafik: ptur • Quelle: [Bundesamt für Statistik](#) • [Daten herunterladen](#)

SWI swissinfo.ch

EU/EFTA-Staatsangehörige weisen auch ein höheres Risiko auf, Sozialhilfe zu beziehen, doch ihre Sozialhilfequote hat sich in den letzten Jahren derjenigen der Schweizer:innen angenähert. Im Jahr 2023 lag sie bei 2,2%, gegenüber 1,8% bei den Schweizer:innen.

In den Bereichen der Altersvorsorge (AHV, die 1. Säule des Schweizer Rentensystems) und der Invalidenversicherung ist die Situation jedoch umgekehrt.

Zwischen 2010 und 2022 stieg der Finanzierungsbeitrag der EU/EFTA-Staatsangehörigen zur 1. Säule um sechs Prozentpunkte, während derjenige der Schweizer:innen um denselben Wert zurückging. Im Jahr 2022 haben europäische Eingewanderte 27% zu den Beiträgen geleistet und nur 15% der Renten bezogen.

Das Seco hat die Auswirkungen der Einwanderung auf die 1. Säule bis 2070 berechnet. Es kommt zum Schluss, dass EU/EFTA-Staatsangehörige selbst unter Berücksichtigung der Alterung dieser Bevölkerungsgruppe weiterhin Beiträge leisten werden, die deutlich über den von ihnen bezogenen Leistungen liegen.

Sowohl das Seco als auch die Sozialpartner sehen regelmässige Zuzüge junger Arbeitskräfte aus Europa als notwendig, um die Nachhaltigkeit des Rentensystems zu gewährleisten.

7. Wie wirkt sich die Personenfreizügigkeit auf das Wachstum aus?

Das Institut Ecoplan hat im Auftrag des Seco eine [Zusammenfassung von StudienEx-
terner Link](#) erstellt, in denen die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf das Wachstum in der Schweiz analysiert werden. Es kommt zum Schluss, dass sich dies positiv auf das Gesamt-BIP auswirkt, da das Wachstum der Erwerbsbevölkerung das Produktionspotenzial der Wirtschaft sowie die Nachfrage nach Konsumgütern und Wohnraum erhöht.

Weiter heisst es im Dokument, dass die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte die Produktivität und Innovationsfähigkeit von Unternehmen steigert und neue Unternehmen anzieht.

Die Einwanderung hätte auch einen positiven, wenn auch nicht nachweisbaren Effekt auf das BIP pro Kopf. Ein Punkt, den der bereits erwähnte Reiner Eichenberger bezweifelt. Der Ökonom weist darauf hin, dass das Pro-Kopf-BIP in der Schweiz zwischen 2007 und 2023 um durchschnittlich 0,64% pro Jahr gestiegen ist, «also etwas weniger als in Deutschland (0,67%)».

Seiner Ansicht nach «müsste man zu diesen Indikatoren (...) die durch die Personenfreizügigkeit verursachten Kosten hinzufügen», aber genau diese Art von Daten fehlt.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wie so oft in der Wirtschaft zeigt die Debatte über die Personenfreizügigkeit sowohl Kosten als auch Nutzen und erfordert differenzierte Schlussfolgerungen.